



BRÜSSEL 4, den

03-16-1989

An den Herrn Minister des Post-
und Fernmeldewesen

56, rue de la Loi

1040

BRÜSSEL

20.174/20.176/II/PD
AR/MTV

Betrifft : Postregie im Deutschsprachigen Gebiet.
Befreiung von der Sprachenprüfung.

Sehr geehrter Herr Minister !

Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, dass die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle in ihrer Sitzung vom 23. Februar 1989 zwei Klagen gleicher Art untersucht hat, die von Herrn SCHOPGES Ludwig (Akte Nr. 20.174) und von Herrn MURGES Nikolaus (Akte Nr. 20.176) eingereicht wurden; beide sind Postbeamte im Deutschsprachigen Gebiet.

Die beiden Kläger hatten einen Antrag bei der Postregie gestellt im Hinblick auf eine Befreiung von der Sprachenprüfung, die ihre Grundkenntnis der französischen Sprachen nachweisen sollte. Dazu stützten sie sich einerseits auf das durch die Staatliche Technische Abend-schule von Bütgenbach ausgestellte Diplom, woraus hervorgeht, dass sie drei Schuljahre lang (480 Stunden) Französisch gelernt haben und andererseits auf das Gutachten Nr. 19.117 B/19.121 B/19.121/19.226/19.227/19.229/19.232 vom 4. Februari 1988, worin die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle der Meinung war, dass die Befreiung in Sonderfällen in Betracht gezogen werden müsste.

Die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle stellt fest, dass die Betreffenden diese Prüfung inzwischen abgelegt und bestanden haben. Die beiden Klagen im Hinblick auf eine Befreiung sind also gegenstandslos geworden.

Diese Untersuchung hat jedoch gezeigt, dass die regionale Postdirektion von Lüttich die Briefe der deutschsprachigen Postbeamten nicht auf die richtige Art und Weise beantwortet.

.../...

Die Schlussfolgerung liegt dann auch auf der Hand : Regionaldirektion, die ein Regionaldienst ist im Sinne von Artikel 36, § 1. der koordinierten Sprachengesetze, ist nicht so organisiert, dass sie den Aufgaben, die ihr durch vorher genannten Artikel 36, § 1. auferlegt werden, gewachsen ist, sei es bei der Bearbeitung im Innendienst der Angelegenheiten, die im Deutschsprachigen Gebiet lokalisiert oder lokalisierbar sind, sei es bei der Bearbeitung der Angelegenheiten bezüglich ihrer Personalmitglieder, die der deutschen Sprachengruppe angehören, sei es bei ihren Beziehungen zu den Lokaldiensten des Deutschsprachigen Gebietes oder zu den einzelnen, die diese Sprache gebrauchen möchten (siehe Gutachten der Ständigen Kommission für Sprachenkontrolle Nr. 1409 vom 9. Juni 1966 und Gutachten der Ständigen Kommission für Sprachenkontrolle Nr. 2313 vom 8. Januar 1970).

Wenn sich die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle auch nicht in die Organisation der Dienste einzumischen hat, so hat sie doch die Aufgabe, daran zu erinnern, dass sie so organisiert werden müssen, dass sie den koordinierten Sprachengesetzen, die Gesetze öffentlicher Ordnung sind, Rechnung tragen.

Eine Abschrift dieses Gutachtens wird den Klägern zugestellt.

Mit vorzüglicher Hochachtung.

Der dt. Vorsitzenden,

H. PLUNUS

E. VAN LEUVEN